

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum

15.07.2024

Ausschussbetreuender Fachbereich

Stabsstelle Gleichstellungsstelle

Schriefführung

Monika Koppe

Telefon-Nr.

02202-142647

Niederschrift

Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann

Sitzung am Mittwoch, 05.06.2024

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 18:20 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3 Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**
- 4 Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 5 Bericht des Netzwerk Wohnungsnot RheinBerg - Streetwork - Präventive Hilfen für Menschen der "Straßenszene"
0253/2024**
- 6 Jahresbericht der GL Service gGmbH 2023**

0254/2024

- 7 **Gleichstellungspolitische Informationen**
0292/2024
- 8 **Bericht aus der Arbeit der Beiräte und des Integrationsrates**
- 8.1 **Änderung wahlrechtlicher Vorschriften - Seniorenbeiratswahl**
0620/2023
- 9 **Rücknahme der Konsolidierungsmaßnahme Nr. 05.510.22 -
Zusammenlegung der Betreuungsstellen Rheinisch-Bergischer Kreis (RBK) und
der Stadt Bergisch Gladbach**
0188/2024
- 10 **Jahresbericht des Netzwerk Wohnungsnot RheinBerg für das Jahr 2023**
0252/2024
- 11 **Sachstandsbericht zur Situation der Geflüchteten und Obdachlosen in Bergisch
Gladbach**
0290/2024
- 12 **Anträge der Fraktionen**
- 13 **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende Gabriele von Berg eröffnet die 17. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann in der zehnten Wahlperiode. Sie stellt die ordnungsgemäße Einberufung, die Vertretungsverhältnisse und die Beschlussfähigkeit fest.

2. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Frau von Berg erfragt, ob es zur Niederschrift – öffentlicher Teil – Einwände, Anmerkungen oder Ergänzungen gebe. Dies ist nicht der Fall und somit gilt die Niederschrift zur Sitzung vom 11.04.2024 – öffentlicher Teil – als genehmigt.

3. Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden

Es liegen keine Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden vor.

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

Frau Hellwig gibt ein kurzes Update zur Bezahlkarte:

Frau Engelberth sei Mitglied in der kreisweiten Sozialamtsleiter-Konferenz und würde von dort berichten. Zurzeit gebe es keine neuen Informationen. Wenn sich hier Entscheidendes tue, werde die Verwaltung eine neue Vorlage zur Bezahlkarte vorlegen.

Des Weiteren teilt Frau Hellwig mit, dass die Verwaltung zum Projekt „Nette Toilette“ einen Aufruf bei Betrieben und der Gastronomie gestartet hat. Hier konnten sich interessierte Unternehmen melden, die am Projekt teilnehmen möchten, eine Rückmeldung sollte bis zum 03.05. erfolgen. Zurzeit werden unterschrittsreife Verträge mit den Unternehmen geschlossen, die sich zurückgemeldet haben. Es handelt sich sowohl um Einrichtungen als auch um Gastronomiebetriebe. Dazu werde in Kürze öffentlichkeitswirksam unterrichtet.

Herr Dettmar teilt dazu mit, er finde, dass die Beteiligungsfrist sehr kurz bemessen war (eine Woche).

Frau Hellwig teilt dazu mit, dass diese Frist nicht durch den FB 5 gesetzt wurde. Sie könne aber sagen, dass die Rückmeldungen sehr überschaubar waren. Sie wisse aber auch, dass die Verwaltung noch einmal gezielt auf Betriebe zugegangen sei, um für das Projekt zu werben und über die persönliche Ansprache konnten noch einige Betriebe dazu gewonnen werden. Wie viele es letztendlich geworden sind, könne sie nicht sagen.

Herr Gürster teilt mit, dass die Verwaltung vor ca. 5 Jahren bereits eine Liste erstellt habe, wo öffentliche Toiletten zur Verfügung stehen würden bzw. wer angesprochen werden könne. Er würde gerne wissen, ob diese Liste noch existiere und zu den Recherchen herangezogen wurde.

Frau Klemt antwortet dazu, die Auflistung sei im Jahr 2021 im Rahmen der Corona-Pandemie von Auszubildenden der Verwaltung erstellt worden, welche Toiletten wo und von welchen Betreibern zugänglich waren. Diese Liste sei nicht vollständig, sondern nur für einen ersten Aufschlag zu verwenden.

5. Bericht des Netzwerk Wohnungsnot RheinBerg - Streetwork - Präventive Hilfen für Menschen der "Straßenszene"

0253/2024

Zum Jahresbericht des Netzwerk Wohnungsnot Rhein-Berg – Streetwork – Präventive Hilfen für Menschen der „Straßenszene“ ist Frau Leber (Streetworkerin vom Netzwerk Wohnungsnot Rhein-Berg) für Fragen der Ausschussmitglieder anwesend. Nach einer kurzen Darstellung ihrer Arbeit, beginnt ein reger Austausch mit den Ausschussmitgliedern.

Frau Stauer zitiert aus dem Bericht, „...dass das Parkdeck Schnabelsmühle (2. Platz) eine herausragende Rolle im Szenetreff spiele, da hier unbeobachtet Betäubungsmittel konsumiert werden können, was jedoch zu einer besorgniserregenden gesundheitlichen Situation beitrage.“ Und stellt dazu die Frage, was die Streetworkerinnen für wünschenswerte Maßnahmen halten, um dies zu ändern.

Frau Leber antwortet dazu, dass sie und ihre Kollegin ein breites Spektrum an Hilfe abdecken können, da sie selbst examinierte Gesundheits- und Krankenpflegerin sei und ihre Kollegin Dipl.-Sozialpädagogin. Es werde dafür gesorgt, dass benutzte Spritzbestecke sicher entsorgt würden. Saubere Spritzbestecke und andere Konsumutensilien etc. werden ausgegeben. Aber natürlich bleibe eine gewisse Verwahrlosung durch längeren Drogen-Konsum nicht aus. Positiv bewerte sie die Situation, dass ein Großteil der Szenepersonen krankenversichert sei und man nicht auf eine Straßenambulanz angewiesen ist. Die konsumierenden Personen könnten ganz normal der Regelversorgung im Gesundheitswesen zugeführt werden. Es gebe keinen Drogenkonsumraum, wie man ihn aus Köln oder Düsseldorf kenne.

Frau Stauer stellt die Frage, was im Bericht mit den Netzwerkpartnern „Ranger des Rheinisch-Bergisches Kreises“ und „Forstbetriebe“ gemeint sei. Wie sich hier eine Kooperation darstelle.

Frau Leber teilt dazu mit, dass einige obdachlose Personen in den Wäldern innerhalb und auch außerhalb von Bergisch Gladbach campieren würden. Diese wurden durch die zuständigen Förster oder Ranger gemeldet. Hier konnte Kontakt aufgenommen werden und die Personen in städtische Unterkünfte vermittelt werden.

Herr Dettmar erfragt, was in der, im Bericht aufgeführten Tabelle „Szenekontakte 2023“, mit „Kontakte“ und „Kontakte mit persönlicher Ansprache“ gemeint sei und warum im August besonders wenige Kontakte stattgefunden hätten.

Frau Leber antwortet dazu, mit persönlichem Kontakt sei immer die direkte Ansprache gemeint. Dies könne von einem „Guten Tag, wie geht es dir?“ und einer Antwort des Klienten bis zur Klärung von persönlichen Belangen alles beinhalten. Das Gegenteil davon sei, durch die Stadt zu gehen und festzustellen, dass sich dort Szenemitglieder aufhalten oder auch an den Treffpunkten, ohne dass diese etwas mit den Streetworkerinnen zu tun haben zu wollen, außer einem „Guten Tag“ und „Auf Wiedersehen“.

Warum im August besonders wenige Kontakte stattfanden, konnte nicht beantwortet werden. Die Kontakte würden immer schwanken. Einen besonderen Grund gab es nicht.

Frau Opiela erfragt, ob das Klientel sich in Bezug auf Alter und männlich/weiblich verändert habe.

Dazu antwortet Frau Leber, die Altersstruktur sei zwischen 18 und 65 Jahren. Für unter 18-jährige greife das Jugendschutzgesetz und bei über 65-jährigen der Rententräger. 80 % des Klientels sei männlich, 20 % weiblich. Die meisten seien Bergisch Gladbacher Bürger*innen.

Herr Hildner bedankt sich für den sehr aufschlussreichen Bericht und führt aus, dass er der Meinung sei, dass man hier in Bergisch Gladbach mit den Streetworkerinnen sehr gut aufgestellt sei, im Gegensatz zu anderen vergleichbaren deutschen Städten.

Frau Leber bedankt sich für das Lob und teilt mit, dass sie sich jeden Tag freue, diese Arbeit tun zu können. Man müsse sich von dem Gedanken freimachen, die Welt retten zu wollen. Es ginge häufig nur sehr kleinschrittig voran und man müsse lernen „um die Ecke zu denken“.

Frau von Berg erfragt, wie die Situation für pflegebedürftige Szenemitglieder aussehe. Wie siehe Frau Leber dies mit Blick auf eine künftige Versorgung? Wie groß sei die Problematik vom Leben auf der Straße zur Unterbringung in eine stationäre Pflege-Einrichtung?

Dazu antwortet Frau Leber, die Pflegebedürftigkeit sei ein immer größeres Thema. Allerdings aus der Erfahrung sei der obdachlose Mensch, der aufgrund seines Lebenswandels früher ältere, meist nur sehr kurz pflegebedürftig. Sie würden nicht gerne Pflege und Unterstützung annehmen und seien auch schwierig, aufgrund ihres langen Lebens auf der Straße, in Räumen unterzubringen. Dazu berichtet sie von einem Beispiel aus Düsseldorf. Dort wurde eine Person, die lebenslang auf der Straße gelebt hat, auf dem Balkon eines Pflegeheimes untergebracht. Sein Zimmer benutzte er fast nicht.

Die meisten der Bergisch Gladbacher Klientel haben noch ein einigermaßen funktionierendes soziales Umfeld. Viele würden im Notfall noch von Nachbarn mitversorgt.

Herr Bollen erfragt, wie die Zusammenarbeit der dem Verein „Die Platte e.V.“ funktioniere.

Frau Leber teilt dazu mit, dass dort wo Berührungspunkte bestehen würden, die Zusammenarbeit sehr gut funktioniere. Die Streetworkerinnen seien eher tagsüber unterwegs, während der Verein eher am Abend arbeite. Die Platte e.V. würde am Samstag Lebensmittel ausgeben und sei sehr hilfreich, wenn zum Beispiel Kleidungsstücke benötigt würden.

Frau Opiela möchte wissen, wie sich das Leben für Frauen in der Szene darstelle. Werde der Anteil größer, wie in vielen anderen Großstädten?

Frau Leber antwortet dazu, die zuvor erwähnten Zahlen 80 % zu 20 % seien keine Bergisch Gladbacher Zahlen, sondern der Anteil bundesweit. Die Prozente würden immer mal wieder um 5 % schwanken. Frauen fallen in Wohnungsnotsituationen viel länger nicht auf als Männer, da sie sehr viel länger auf ein gepflegtes Äußeres achten. Frauen finden auch häufiger und schneller ein Sofa auf dem sie schlafen können. Häufig jedoch nur im sexuellen Kontext...“wenn du mit mir Sex hast, darfst du gerne duschen und auf meinem Sofa übernachten“. Frauen, die auf der Straße leben, werden in der Regel nicht alleine angetroffen.

Frau von Berg bedankt sich im Namen des Ausschusses für den spannenden und interessanten Einblick in die Arbeit von Frau Leber, die einen wichtigen Beitrag für die Stadt Bergisch Gladbach leiste. Sie habe den Eindruck gewonnen, dass die Arbeit für Frau Leber selbst auch sehr sinnstiftend sei.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

6. Jahresbericht der GL Service gGmbH 2023 0254/2024

Zum Jahresbericht 2023 der GL Service gGmbH ist Frau Petra Grabowski für Fragen der Ausschussmitglieder anwesend. Nach einer kurzen Vorstellung ihrer Arbeit kamen die Ausschussmitglieder zu Wort:

Frau Stauer teilt mit, dass sie es gut finde, wie sich hier die Zusammenarbeit und enge Verzahnung mit, z.B. Hochschulen etabliert habe. So könnten Studierende der Sozialen Arbeit hier bereits praktische Erfahrungen sammeln. Umgekehrt könnten Erkenntnisse aus Projekten in die Arbeit einfließen. Sie wünsche sich mehr solcher Modelle, z.B. auch im Schul- und Kita-Bereich.

Frau Grabowski antwortet, dass der Verein sehr gute Erfahrungen mit den Studierenden im dualen Studium, die zurzeit in der Stiftung Scheuer eingesetzt sind, gemacht habe als auch mit Studierenden, die ihr Pflichtpraktikum in der GL Service ableisten. Das hier die jungen

Studierenden mit den „alten Hasen“ zusammenarbeiten, gebe eine gute Mischung und man können sehr gut voneinander profitieren.

Frau von Berg bedankt sich für die gute Arbeit, die in der GL Service gGmbH geleistet werde.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

7. Gleichstellungspolitische Informationen
0292/2024

Frau von Berg entschuldigt Frau Klauen, die wegen einer Verspätung des ÖPNV nicht mehr schafft, an der Sitzung teilzunehmen, weil sie zwischen Dortmund und Köln feststecke.

Frau Stauer weist noch einmal darauf hin, dass die Politik dafür Sorge tragen müsse, dass Frauen, die Gewalt zur Anzeige bringen, mehr Unterstützung erfahren müssen. Leider sei es noch häufig so, dass gerichtliche Verfahren niedergeschlagen würden, wodurch die Opfer zusätzlich gestraft seien.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

8. Bericht aus der Arbeit der Beiräte und des Integrationsrates

8.1. Änderung wahlrechtlicher Vorschriften - Seniorenbeiratswahl
0620/2023

Frau Klemt (Seniorenbüro) teilt mit, dass die Vorlage zusammen mit dem Leiter des Wahlbüros Herrn Bodengesser entstanden sei, weil nicht nur Änderungen in der Satzung, sondern auch Änderungen in der Wahlordnung betroffen seien. Die vorgeschlagenen Änderungen wurden durch Herrn Ruhe kommunalrechtlich geprüft.

In der Vorlage auf Seite 73 habe sich ein „Fehler“ eingeschlichen, so seien bei den Angaben zum Kandidatenprofil unter Punkt h) nicht mehr nur 400 Zeichen, sondern 500 Zeichen möglich. In der Vorlage sehe es aus, als seien es 4500 Zeichen.

Herr Bodengesser lässt ausrichten, sollten sich Fragen ergeben, bittet er darum, diese schriftlich zu stellen.

Frau Stauer teilt mit, dass es nötig sei, nicht nur für Senioren, sondern auch für junge Menschen einen Beirat zu gründen, in dem der Jugend mehr Gehör verschafft würde und Demokratie gelebt werde.

Frau Gitschier-Piepenbrock teilt zur Vorlage mit, dass der Seniorenbeirat im Vorfeld keine Möglichkeit zur Diskussion der Vorlage hatte. Ihr falle positiv auf, dass nur noch eine Stimme pro Kandidaten abgegeben werden könne, was die Wahl sehr vereinfache. Die Personenanzahl, die von 9 auf 13 erhöht werden soll, habe sie mit einzelnen Mitgliedern des Seniorenbeirats noch abstimmen können. Die Arbeit des Seniorenbeirats sei aus ihrer Sicht generationsübergreifend, inklusions- sowie integrationsorientiert und habe kommunalpolitisch zu erfolgen. Dazu müsse jeweils ein Mitglied des Seniorenbeirats in die verschiedenen Ausschüsse entsandt werden. Der Rat der Stadt habe festgelegt, in welchen Ausschüssen der Seniorenbeirat eine beratende Stimme erhalte. Leider ist der Seniorenbeirat nicht in den Integrationsrat entsandt worden. Dies halte sie für längst überfällig.

Zur Arbeit des Seniorenbeirats gehöre neben der Mitarbeit im eigenen Gremium auch das Vertretensein in den verschiedenen Ausschüssen, sowie die Zusammenarbeit mit dem Seniorenbüro der Stadt und dem Kreissenorenbeirat. Auch der Besuch der Mitgliederversammlung des Dachverbandes Landessenorenvertretung in NRW sei für eine erfolgreiche Arbeit unerlässlich. Um die Belange der Seniorinnen und Senioren erfolgreich zu unterstützen, leiste der Beirat eigene Öffentlichkeitsarbeit. Es seien mehrere erfolgreiche Projekte entstanden, z.B. ein Senioren-Stammtisch mit wechselnden Themen, ein sehr erfolgreiches Tanzcafé, das Boule spielen, Mitwirkungen bei der Senioren-Kulturwoche sowie dem Stadtfest,

jährliche Mitwirkung beim Sozialstand auf dem Weihnachtsmarkt. Für all diese Arbeiten sei eine Aufstockung von stimmberechtigten Mitgliedern unerlässlich. Frau Klemt vom Seniorenbüro hat zur Aufstockung der Mitglieder einen Städtevergleich durchgeführt, der deutlich zeige, dass eine Erhöhung auf 13 Personen angemessen sei und damit immer noch am unteren Rand liege.

Herr Tollih merkt an, da die Vorlage nicht vom Seniorenbeirat vorberaten werden konnte, gebe er dem Ausschuss die Empfehlung, die Vorlage zu verschieben und dem Rat keine Beschlussempfehlung zu geben.

Frau von Berg gibt zu bedenken, dass es dann bis zur Wahl des Seniorenbeirats im nächsten Jahr zeitkritisch werden könne.

Herr Klaas teilt mit, man könne den Antrag stellen, dem Rat die Entscheidung zu überlassen und hier die Beschlussempfehlung zu geben, dass nicht entschieden werden könne, bevor sich der Seniorenbeirat zur Vorlage beraten habe. Vielleicht sei dies in einer außerordentlichen Sitzung vor der Ratssitzung am 02.07. noch möglich. Er möchte vorab aber gerne wissen, weshalb die Satzung überhaupt geändert werde. Er finde den Spielraum, den die Satzung gebe sehr weitreichend und finde, dass dadurch ein Ungleichgewicht gegenüber der Jugend entstehen könne.

Zur Entstehung der Vorlage teilt Frau Klemt mit, dass unter der Führung der ehemaligen Vorsitzenden Frau Dr. Rieband das Thema der Satzungsänderung wiederholt thematisiert wurde und immer um mehr Mitwirkung der vorhandenen Mitglieder gebeten wurde. Insbesondere seitens des Seniorenbüros bzw. der Geschäftsstelle des Seniorenbeirates wurde immer wieder darauf hingewiesen, dass die ursprüngliche Satzung veraltet sei und den aktuellen Rahmenbedingungen nicht mehr entspreche. Insbesondere die Themen Vorsitz, Entsendung in die Ausschüsse sowie die Anzahl der Mitglieder im Gremium. Unter diesen Umständen wurde ein erster Vorschlag erarbeitet und intern abgesprochen. Leider ist Frau Dr. Rieband dann aus dem Seniorenbeirat ausgeschieden. Daher musste erst der neue Vorsitz gewählt werden und die Wahl eines neuen Seniorenbeirats (2025) rückte immer näher. Deshalb präsentierte die Verwaltung beide Themen in einer Vorlage. Sollte die Vorlage erst im nächsten Turnus beschlossen werden, könnte es tatsächlich sehr zeitkritisch werden, da neue, weitere Mitglieder angeworben werden müssen. Dies gehe nicht nur online, sondern es würde in den Printmedien und auch von Mund-zu-Mund (in den Seniorenbegegnungsstätten) geworben, da sich das angesprochene Klientel nicht täglich im Internet bewege und dieses Medium für sehr viele auch nicht zum Alltag gehöre.

Des Weiteren teilt Frau Klemt mit, dass auch aus ihrer fachlichen Sicht eine Entsendung in den Integrationsrat überfällig sei, da auch die Menschen mit Migrationsgeschichte altern bez. im Seniorenalter seien und man nicht an diese Personen herankomme. Hier müsse der Integrationsrat und Seniorenbeirat sehr viel enger zusammenarbeiten. Für diese Zusammenarbeit gebe es aber keine kommunalrechtliche Grundlage. Vielleicht gebe es andere Möglichkeiten, den Zugang zum Integrationsrat zu gewähren.

Herr Tollith teilt mit, dass es möglich sei, dem Seniorenbeirat einen Gaststatus zur Teilnahme an den Sitzungen des Integrationsrates einzuräumen.

Herr Schütze teilt mit, er finde die Beratungsfolge, die die Verwaltung für diese Vorlage festgelegt habe, sehr eigenartig. Der Rat würde mit einem Beschluss Tatsachen schaffen, die an einem Tag später vom Seniorenbeirat, den es betreffe, nur zur Kenntnis genommen werden dürfen. Wenn man Demokratie tatsächlich ernst nähme, müsste man dem Seniorenbeirat Gelegenheit geben, sich vorher mit seiner eigenen Vorlage zu beschäftigen. Die nächste Ratssitzung nach dem 02.07. ist für den 01.10. vorgesehen. Er halte dies vor der der Seniorenbeiratswahl im nächsten Jahr noch für ausreichend.

Der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann hat in seiner Sitzung am 05.06.2024 beschlossen, dem Rat der Stadt Bergisch Gladbach folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Die Änderungen

1. der Satzung für den Seniorenbeirat der Stadt Bergisch Gladbach sowie
2. der Wahlordnung für die Wahl des Seniorenbeirates der Stadt Bergisch Gladbach werden beschlossen.

Die Erhöhung der stimmberechtigten Mitgliederzahl von 9 auf 13 wird ausdrücklich begrüßt.

Die Beschlussfassung erfolgt einstimmig bei einer Enthaltung durch die Fraktion Bergische Mitte.

9. Rücknahme der Konsolidierungsmaßnahme Nr. 05.510.22 - Zusammenlegung der Betreuungsstellen Rheinisch-Bergischer Kreis (RBK) und der Stadt Bergisch Gladbach
0188/2024

Der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann hat in seiner Sitzung am 05.06.2024 beschlossen, dem Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften sowie dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Die Konsolidierungsmaßnahme 05.510.22 (Zusammenlegung der Betreuungsstellen RBK und Stadt) wird zurückgenommen.

Zur Kompensation wird eine neue Konsolidierungsmaßnahme (Mehrerträge durch Gebühren nach dem Betreuungsorganisationsgesetz) getroffen, gemäß Anlage 1

Die Beschlussfassung erfolgt einstimmig bei einer Enthaltung durch die Fraktion Bergische Mitte.

10. Jahresbericht des Netzwerk Wohnungsnot RheinBerg für das Jahr 2023
0252/2024

Frau Stauer fragt nach, wie hoch die Förderung des ESF (Europäischer Sozialfonds) für die Beteiligung des Beratungsmobiles sei.

Frau Hellwig teilt mit, dass sie die Höhe des Fonds bisher nicht in Erfahrungen bringen konnte. Die Förderung gehe an den Rheinisch-Bergischen Kreis und wird von dort an die Träger verteilt. Es gebe eine Projekt- und Sachförderung.

Frau Stauer möchte wissen, ob die Fördergelder weitergezahlt werden?

Frau Hellwig teilt dazu mit, dass die Förderung wohl bis 2025 gesichert sei.

Antwort der Verwaltung:

Das Amt für Soziales und Inklusion des Rheinisch-Bergischen Kreises teilt ergänzend zur Aussage von Frau Hellwig mit:

*Die ESF Förderung wird auf den Seiten 3 und 4 des Jahresberichtes des Netzwerkes erwähnt – im Zusammenhang mit dem Beratungsmobil, der Vermeidung von Wohnungslosigkeit und der Wohnraumversorgung für Menschen in kommunalem Obdach. Das Projekt „Endlich ein ZUHAUSE“ wird seit dem 01.01.2023 für drei Jahre (bis 31.12.2025) u. a. aus ESF-Fördermitteln (90 % der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben, maximal **222.782,40 € pro Jahr für drei Stellen**) finanziert. Der Eigenanteil im Rahmen der Förderung (10 %) wird durch den RBK finanziert. **Zum jetzigen Zeitpunkt liegt dem Rheinisch-Bergischen Kreis noch keine***

Information über eine mögliche Verlängerung der Förderung über den 31.12.2025 hinaus vor.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

**11. Sachstandsbericht zur Situation der Geflüchteten und Obdachlosen in Bergisch Gladbach
0290/2024**

Frau Engelberth gibt die aktuellen neuen Zahlen (03.06.2024) zur Vorlage bekannt.

Gesamtkapazitäten in den Unterkünften	1444
Untergebrachte Personen	1284
davon	
Geflüchtete aus der Ukraine	443
Geflüchtete anderer Nationalitäten	841

Bei beiden maßgeblichen Quoten liegt die Stadt bei unter 100 % und hat seit Mai wieder steigende Zuweisungszahlen zu verzeichnen. Im Mai wurden 46 Personen nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz oder Wohnsitzauflage zugewiesen. Für Juni (01. – 11.06.) wurden bisher 9 Personen zugewiesen.

Im Bereich der Obdachlosen ist die Situation ähnlich eng, wie im Bereich der Flüchtlingsunterbringung.

Kapazitäten	151	
Davon derzeit belegt	143	
Es stehen zurzeit nur		8 Notschlafplätze zur
Verfügung		

Frau Opiela erfragt, ob es richtig sei, dass der Schutzstatus für Ukrainer bis 2025 verlängert wurde und sie deshalb keinen Wohnberechtigungsschein erhalten würden.

Frau Engelberth teilt dazu mit, soweit sie wisse, wurden die Wohnberechtigungsscheine in einer Übergangszeit nicht ausgestellt. Jetzt sollten sie aber wieder welche bekommen. Die Antwort wird der Niederschrift beigelegt.

Antwort der Verwaltung:

Der Fachbereich 2-64 – Wohnungswesen / Wohnberechtigung teilt folgendes mit:

Es ist richtig, dass zwischenzeitlich keine Wohnberechtigungsscheine für Kriegsvertriebene aus der Ukraine ausgestellt wurden, da die Voraussetzung zur Ausstellung des WBS u.a. beinhaltet, dass die Antragsteller im Besitz einer im Regelfall für mindestens ein Jahr gültigen Aufenthaltsgenehmigung sein müssen. Die Aufenthaltserlaubnisse nach § 24 Aufenthaltsgesetz für Ukrainer waren jedoch nur bis März 2025 gültig. Jetzt wurde die Aufenthaltsdauer für diesen Personenkreis bis zum 04.03.2026 verlängert, so dass die Ausstellung eines WBS wieder möglich ist.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

12. Anträge der Fraktionen

Es liegen keine Anträge der Fraktionen vor.

13. Anfragen der Ausschussmitglieder

Herr Vossebrecker teilt mit, er freue sich über die Öffnung der „Zanders Mainstreet“ und fragt nach, ob von städtischer Seite etwas gegen den „neuen Angsträum“ geplant sei, da das ganze Gebiet zurzeit nur durch Beleuchtung und einen Pförtner gesichert sei.

Herr Migenda teilt mit, die Frage werde zur Niederschrift beantwortet.

Antwort der Verwaltung:

Die Eröffnung der sogenannten „Mainstreet“ auf dem Areal der ehemaligen Papierfabrik Zanders am 25.05.2024 erfolgte auf ausdrücklichen Wunsch der Politik und der Bevölkerung.

Im Vorhinein hat es eine intensive Auseinandersetzung mit dem Raum und den möglichen Konsequenzen einer solchen Öffnung gegeben.

In Zuge dessen wurde ein Beleuchtungskonzept erarbeitet, ferner ist die Pforte bis August 24/7- also auch zur Nachtzeit - besetzt. Etwaige Maßnahmen, wie bspw. einen privaten Sicherheitsdienst zu engagieren, wären wirtschaftlich nicht tragbar.

Im Zuge der Öffnung hatte man sich daher vorab darauf geeinigt, dass die Projektgruppe sich die Option vorbehält, im Falle von unerwünschtem Verhalten oder Vandalismus, die Mainstreet in den Abendstunden zu schließen.

Zunächst beobachtet die Projektgruppe die Entwicklung der Mainstreet und wird Gegenmaßnahmen vorschlagen und ggf. einleiten, sofern es vor Ort zu unerwünschten Entwicklungen kommt.

Der öffentliche der Sitzung wird um 18.18 Uhr geschlossen.

Die Nichtöffentlichkeit wird hergestellt.

Gez. Gabriele von Berg
Ausschussvorsitzende

gez. Monika Koppe
Schriftführung